

Beschluss des Landrats vom 30.10.2025

Nr. 1397

32. Arbeitsbedingungen der Baselbieter Polizei 2025/152; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Miriam Locher (SP) freut sich, heute diesen Vorstoss heute endlich behandeln zu können. Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab. Überall liest man davon, dass die Arbeitsbedingungen auch in der Polizei verbessert werden sollten und natürlich kann der Lohn ein Bestandteil davon sein. Dieser wird im Postulat auch erwähnt. Es gibt aber noch andere Faktoren, die eine Rolle spielen, zum Beispiel auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. – Aspekte, die eine Auslegeordnung verdienen, um aufzeigen zu können, was verbessert werden müsste, damit wir im Baselbiet auch weiterhin genügend Polizistinnen und Polizisten haben.

Der Vorstoss erfuhr Unterstützung von links bis rechts. Auch das zeigt, dass es nicht nur ums Geld geht, sondern dass wirklich ein gemeinsames Interesse daran besteht, die Arbeitsbedingungen der Polizei zu verbessern. In der ablehnenden Stellungnahme ist zu lesen, dass viel Sorgfalt bei der Lohnstrukturanalyse notwendig sei, auch wenn diese sicherlich etwas beschleunigt werden könnte. Aber – und das ist der Punkt, weshalb Miriam Locher am Vorstoss festhält – der Regierungsrat geht einzig auf den Lohn und auf die Lohnstrukturanalyse ein. Die anderen Aspekte, die über das Postulat geprüft werden sollen, werden nicht erwähnt.

Sobald die Auslegeordnung über Verbesserungsmöglichkeiten bei den Arbeitsbedingungen der Baselbieter Polizei vorliegt, kann man darüber diskutieren, ob diese sinnvoll sind oder nicht. Die vorliegende Stellungnahme lässt aber die Sorgfalt, auf die man sich beruft, vermissen. Die Polizei selbst hätte gerne eine Initiative. Miriam Locher denkt, das könnte man auch anders aufgleisen, wie mit der angesprochenen Auslegeordnung.

Martin Karrer (SVP) führt aus, das Umfeld für die Mitglieder der Polizei werde immer anspruchsvoller und intensiver. Die Work-Life-Balance ist wie in anderen Blaulichtsegmenten sehr stark belastet. Die SVP-Fraktion ist sich dessen bewusst und sieht Handlungsbedarf bei zeitgerechten Löhnen, aber auch bei der zumutbaren Belastbarkeit der Polizeicorps. Dennoch muss man sich bewusst sein, dass die immer grössere Belastung zu einem grossen Teil auch durch importierte Kriminalität verursacht wird und dass diese als Teil der Ursachen angesehen werden muss, neben allen anderen Faktoren. Da gilt es ebenfalls den Hebel anzusetzen. Es müssen Massnahmen getroffen werden, denn eine permanent überlastete Polizei kann die Bevölkerung irgendwann nicht mehr schützen.

Betrachtet man den Vorstoss in Bezug auf die Ereignisse in Bern – wo die Polizei Basel-Landschaft ebenfalls mit einem Detachement dabei war –, dann muss von Heuchlerei vonseiten der linken Partei geredet werden. Einen solchen Vorstoss einzureichen, gleichzeitig aber zu einer Demo aufrufen, auch wenn man genau weiss, was abgeht, ist doch ein Witz. Über Arbeitsbedingungen reden, aber Verursacher sein von dem Ganzen – das ist schon ein Hammer.

Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme erwähnt, ist die Lohnstrukturanalyse bei der Polizei bereits voll im Gang. Somit ist alles aufgegleist, um eine saubere Analyse zu erstellen. Durch die Beschleunigung dieser Analyse würde sicherlich auch die Qualität des Ergebnisses leiden. Die SVP-Fraktion folgt dem Regierungsrat und lehnt das Postulat ab.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) hat wohl etwas falsch verstanden. Es geht jetzt nicht um die Demonstration in Bern – aber sei's drum. Das Thema wurde hier im Rat schon häufig diskutiert und es ist nichts Neues. Wir können nicht ewig warten, bis irgendwelche Analyseetappen vollzogen wurden. Eine Auslegeordnung ist wirklich zwingend notwendig. Nicht nur der Lohn, auch die Arbeitsbedingungen müssen angeschaut werden. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion wird das Postulat unterstützen. Wir müssen jetzt wirklich vorwärts machen, wenn man als Arbeitgeber attraktiv sein oder werden möchte.

Christine Frey (FDP) nimmt vorweg, dass sie nicht für eine Mehrheit der Fraktion spreche. Diese möchte dem Regierungsrat folgen. Als Mitunterzeichnerin dieses Postulats wendet sie sich als Erstes an Martin Karrer, dessen Herleitung zur Ablehnung des Vorstosses sehr gewagt ist. Wenn man die Stellungnahme des Regierungsrats liest, muss man ganz klar feststellen, dass die Aufgaben nicht gemacht wurden, weil lediglich eine Frage des Vorstosses beantwortet wurde. Als selbstständige Unternehmerin weiss Christine Frey, dass es immer drei Faktoren gibt, die man als moderner und guter Arbeitgeber erfüllen muss. Das ist zum ersten ein interessantes Arbeitsgebiet, zweitens ganz sicher auch der Lohn, aber drittens, und das ist wirklich ganz wichtig, sind es die Arbeitsbedingungen, wozu auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazugehören. Aus diesem Grund, und hoffentlich konnten einige Fraktionskollegen überzeugt werden, wird eine Antwort des Regierungsrats auf diese Fragen erwartet. Das Postulat ist zu überweisen.

Yves Krebs (GLP) schert Miriam Locher nicht über einen Kamm mit zwei, drei törichten Aussagen von Vertreterinnen der Juso Biel. Die GLP wollte ursprünglich ebenfalls dem Regierungsrat folgen und das Postulat überweisen und gleichzeitig abschreiben. Nach dem Artikel in der BZ ging Yves Krebs aber ein Licht auf. Die Lohnstrukturanalyse ist ja nur ein Teilbereich. Jeder kann das bei seinem eigenen Beruf auch nachvollziehen, dass der Lohn zwar ein wichtiger, aber nicht der Hauptbestandteil der Arbeitszufriedenheit ist. Da gibt es viele weitere Faktoren. Aktuell haben wir eine dramatische Pensionierungswelle, die auf uns bei der Polizei zukommt. Die Ausbildungsplätze in Hitzkirch können zwar noch besetzt werden, es gibt aber viel weniger Bewerbungen als früher. Es kommt also weniger nach. Jeder, der in einer Branche mit Schichtbetrieb arbeitet, weiss, dass die Schichtzuschläge noch so gut sein können, die Stellen können dennoch nur sehr schwierig besetzt werden. Es geht also wirklich nicht nur allein um den Lohn, sondern es geht einfach auch darum, dass jetzt eine Generation nachkommt, die eigentlich andere Arbeitsvorstellungen hat und nicht rund um die Uhr verfügbar sein möchte. Es ist auch bekannt, dass die Scheidungsrate bei der Polizei viel höher ist – das gilt es ernst zu nehmen. Vor allem muss mit diesem Postulat schonungslos analysiert werden, was dem durchschnittlichen Polizisten auf den Wecker geht. Deshalb soll dieses Postulat überwiesen werden.

Andrea Heger (EVP) sagt, auch die Grüne/EVP-Fraktion schätze die Arbeit der Polizei sehr. Seit der Einreichung des Vorstosses ging viel Zeit ins Land. Es geht heute erst um die Überweisung. Es ist also nicht so, dass der Regierungsrat seine Aufgabe nicht erfüllt hätte, weil er noch nicht alle Fragen beantwortet hat. In einem ersten Schritt gab er eine Stellungnahme zur Frage ab, ob es sinnvoll ist, das Postulat zu überweisen.

Die Grüne/EVP-Fraktion folgt dem Regierungsrat insofern, dass die Arbeitsbedingungen für das gesamte Personal angeschaut werden müssen. Es gibt viele Personen, die Personal gerne schneller aufstocken würden, als es der Regierungsrat vorsieht. Es ist aber wichtig, auf das ganze Personal zu schauen und nicht einfach einen Bereich vorzuziehen. Für einmal ist die Fraktion anderer Meinung als Miriam Locher und lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Miriam Locher (SP) möchte sachpolitisch bleiben und nicht auf die persönliche Ebene wechseln, denn dafür sei ihr das Thema einfach zu wichtig. Es gibt Handlungsbedarf. Das hört man auch von

der Polizei. Es ist nicht isoliert der Lohn. In der Stellungnahme des Regierungsrats geht es aber einzig um den Lohn und deshalb kann man die Ablehnung des Regierungsrats nicht als fundiert bezeichnen. Der ganze Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der anderen Faktoren, die ein Berufsbild ausmachen, kommt eben nicht vor. Es wird nicht gesagt, weshalb sich dies nicht prüfen lässt. Es wird einzig betont, dass die Lohnstrukturanalyse nicht beschleunigt werden kann. Damit kann sich Miriam Locher einverstanden erklären, aber der ganze andere Aspekt, der für die Polizistinnen und Polizisten so wichtig ist, dass er Teil der Initiative wäre, wird nicht beleuchtet. Genau diesen Teil möchte sie aber beleuchtet haben und dieser wird auch nicht über die Lohnstrukturanalyse abgedeckt.

Aus diesem Grund wird der Landrat gebeten, der Überweisung des Postulats zuzustimmen. Es wäre wichtig, dass man die Arbeitsbedingungen nicht nur in Bezug auf den Lohn betrachtet, sondern ganzheitlich.

Balz Stückelberger (FDP) betont im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion, dass auch sie eine starke Polizei und gute Arbeitsbedingungen möchte. Aber die FDP verfolgte stets den Grundsatz des einheitlichen Arbeitgebers Kanton Basel-Landschaft. Alle Kantonsangestellten sind betroffen, nicht nur die Mitarbeitenden der Polizei. Aus diesem Grund stimmt die FDP-Fraktion dem Regierungsrat zu, der das Gesamtpaket anschauen möchte und keinen Grund sieht, spezifisch mit einem Landratsvorstoss auf die Arbeitsbedingungen der Polizei einzugehen. Selbstverständlich soll die Polizei spezifisch darum besorgt sein, dass ihre Arbeitsbedingungen möglichst gut sind, wie auch alle anderen Direktionen. Es ist systematisch nicht einzusehen, weshalb ein Teil der Kantonsangestellten anders behandelt werden soll.

Gzim Hasanaj (Grüne) wurde vom zweiten Votum von Miriam Locher überzeugt. Sehr seltsam sind die Krokodilstränen der SVP. Einmal ist sie voller Trauer über die schlechten Bedingungen bei der Polizei, lehnt das Postulat aber doch ab. Das ist absolut unverständlich. Wo Gzim Hasanaj herkommt, gibt es ein Sprichwort: Als Rache an der bösen Schwiegermutter steigt man mit dem Müller ins Bett. Wenn der SVP die Polizei so wichtig ist, dann muss sie das Postulat überweisen und keine Spiele spielen.

Peter Riebli (SVP) wollte zu so später Stunde eigentlich nichts mehr sagen, wurde nun aber aus der Reserve gelockt. Natürlich ist auch die SVP für eine starke Polizei. Peter Riebli hat den Vorstoss mitunterzeichnet, weil damit neben dem Lohn auch die anderen Bedingungen abgeklärt und in einer Auslegeordnung dargelegt werden sollen. Entsprechend wird es auch die eine oder andere Stimme aus der SVP geben, denn es geht hier nicht um dieselbe Art Mitarbeitende, wie eine Sekretärin, die von 8.00 bis 16.30 Uhr arbeitet. Dass die Mitarbeitenden mit geregelten Arbeitszeiten alle gleichbehandelt werden, ist absolut logisch. Hier geht es aber um ganz andere Mitarbeitenden. Diese arbeiten im Schichtbetrieb, müssen Noteinsätze leisten und können ihr Privatleben relativ schwierig planen, weil es immer wieder Unvorhergesehenes gibt, wie beispielsweise unangemeldete Demonstrationen. Dass man bei diesen Mitarbeitenden speziell hinschaut und prüft, was es neben dem Lohn noch für Möglichkeiten gibt, die Arbeit attraktiver zu machen, damit die Polizei die gewünschte Stärke erhält, ist absolut sinnvoll. Hierfür braucht es eine Auslegeordnung. Heute wird nichts entschieden – lediglich, dass eine Auslegeordnung zu den Möglichkeiten erstellt wird.

Andrea Heger (EVP) teilt mit, dass es aufgrund der guten Argumente nun doch einige Unterstützung aus der Grünen/EVP-Fraktion für das Postulat geben werde. Das ist als Lichtblick zu werten: Im Landrat kann man mit guten Argumenten doch einiges bewirken.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (Die Mitte) legt seine Affinität zur Polizei offen. Er war über 20 Jahre Präsident des Personalverbands Polizei Basel-Landschaft. Mittlerweile ist er Personalchef des Kantonspersonals. Das führt zu einer etwas komplexeren Aufgabenstellung. Es ist stets eine Gesamtverantwortung zu tragen.

Es wurde stets von einer Postulatsbeantwortung gesprochen. Diese liegt hier nicht vor. Das mag zwar ermöglichen, über die schlechten Antworten zu schimpfen, allerdings handelt es sich bei diesem Dokument um die Stellungnahme des Regierungsrats zur Frage der Überweisung. Hierfür steht dem Regierungsrat maximal eine A4-Seite zur Verfügung, deshalb kann dies auch gar kein Elaborat sein, das sich mit der ganzen Thematik auseinandersetzt. Diese Klarstellung unterschreiben wohl alle Regierungskolleginnen und -kollegen, denn diese Unterscheidung wird oft nicht gemacht und entsprechend Kritik geäussert.

Eine andere Kritik ist die Frage, ob etwas getan wird oder nicht. In einer ersten Etappe wurde das Verwaltungspersonal mit einer Lohnstrukturerhebung überprüft und aktuell befindet man sich mitten in der Lohnstrukturerhebung für die Polizei und für die Lehrpersonen. Diese läuft während dem ganzen Jahr. Entsprechend hat Miriam Locher wirklich das Pech, dass es relativ lange dauerte, bis ihr Vorstoss behandelt wird, da man zwischenzeitlich ziemlich fortgeschritten ist mit der Lohnstrukturüberprüfung bei der Polizei. Das Thema hat ein wenig an Aktualität gewonnen, weil im Kanton Basel-Stadt die Löhne erhöht wurden.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Mitarbeitendenbefragung im Kanton Basel-Landschaft. Diese konnte gerade abgeschlossen werden und die Resultate werden publiziert. Anlässlich dieser Befragung hatte das ganze Personal, inklusive Polizei, die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Es besteht eine sehr gute Übersicht, wo Zufriedenheit und wo Unzufriedenheit herrschen. Grundsätzlich rennt man mit dem Postulat also offene Türen ein, denn auf die Rückmeldungen aus der Mitarbeitendenbefragung werden auch Massnahmen abgeleitet.

Als weiterer Punkt wurden Pensionierungen erwähnt. Überraschenderweise hat der Kanton auch schon bemerkt, dass es viele Pensionierungen gibt. Daran wird gearbeitet. Wenn es um Themen wie Work-Life-Balance oder Gesundheit am Arbeitsplatz geht, ist es dann wahrscheinlich weniger der Personalchef, sondern die Sicherheitsdirektorin, die zuständig ist. Wichtig ist: Der Regierungsrat ist in allen drei Bereichen aktiv an der Arbeit. Man kann sich nun fragen, ob es dieses Postulat braucht oder nicht. Die Beantwortung überlässt der Regierungsrat dem Parlament.

://: Mit 54:23 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) schliesst die Sitzung um 16.40 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.
